Freistaat Thüringen
Ministerium
für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie

- Ein politischer Appell -
„Kinder aus suchtbelasteten Familien"
noch stärker in den Blick nehmen
1. März 2019

Im Sinne eines für Thüringen flächendeckenden Unterstützungsangebotes für Kinder aus suchtbelasteten Familien bitte ich alle verantwortlichen Entscheidungsträger/-innen in den Landkreisen, kreisfreien Städten und Kommunen um Mithilfe!

Nur durch eine funktionierende Zusammenarbeit aller relevanten Akteure/-innen, stabilen Netzwerke sowie gesicherter Finanzierungen von zielgerichteten Angeboten und Maßnahmen, bekommen diese Kinder die ihrer Situation geschuldete notwendige Aufmerksamkeit und Unterstützung!

Kinder müssen davor geschützt werden, später selbst eine Suchterkrankung zu entwickeln. Es sind flächendeckende präventive Angebote für den gesamten Freistaat notwendig.

Vorbemerkung

In Deutschland leben aktuell rund 2,65 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren mit alkoholkranken Eltern zusammen. Hinzu kommen 40.000 bis 60.000 Kinder drogenabhängiger Eltern.
Die Anzahl der Kinder, die unter den nicht stofflichen Süchten ihrer Eltern leiden, wurden statistisch bisher nicht erfasst. Es muss aber davon ausgegangen werden, dass insgesamt etwa 10 % der Bevölkerung Deutschlands in ihrer Kindheit durch ein familiäres Suchtproblem belastet wurden bzw. akut belastet sind. In Thüringen sind schätzungsweise ca. 49.500 Kinder und Jugendliche von einer elterlichen stoffgebundenen Suchterkrankung betroffen.

Der häufig chronische Krankheitsverlauf von Suchterkrankungen stellt für das Familiensystem sowie das soziale Umfeld eine dauerhafte Belastung dar. Interaktionen in der Familie werden zunehmend durch die Sucht bestimmt. Charakteristisch dafür sind der Mangel an Struktur und Erziehung, eine schlechte Haushaltsführung sowie unzureichende Kommunikation. Dadurch begrenzen sich die Möglichkeiten der Kinder, stabile Rollenvorbilder in der eigenen Familie zu haben. Durch verschärfte Konflikte, Eheprobleme, Geldsorgen und gehäufte Wohnortwechsel neigen die Kinder häufig dazu, stark einseitige Verhaltensmuster, wie Verhaltensauffälligkeiten oder auch Isolation zu entwickeln.

Aufgrund der gravierenden Belastungen sind Kinder aus suchtbelasteten Familien die größte bekannte Risikogruppe für eine spätere eigene Suchterkrankung. Vielfach haben die Belastungen aus der Kindheit lebenslang negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Betroffenen sowie auf die schulische Bildung und somit auch auf die beruflichen Erfolge. Kinder in deren Familie eine Suchtproblematik herrscht, benötigen verlässliche Ansprechpartner/-innen, mit denen sie über ihre Ängste und Sorgen sprechen können. Das setzt voraus, dass Menschen in ihrem sozialen Umfeld für ihre Problemlagen sensibilisiert sind.

Trotz der hohen Anzahl der betroffenen Kinder ist das Problembewusstsein in Deutschland nur schwach ausgeprägt und wird in der breiten Öffentlichkeit noch immer zu wenig wahrgenommen. Darüber hinaus mangelt es an bundeseinheitlichen Rahmenbedingungen und gesetzlichen Grundlagen für regelfinanzierte und bedarfsgerechte Angebote.
In der Suchthilfe, der Psychiatrie, der Jugendhilfe sowie dem Gesundheitswesen sollten die Kinder mehr Beachtung erfahren.

Situation suchtbelasteter Familien in Thüringen/Handlungsbedarf

In Thüringen ist die Suchtprävention kommunal geprägt. Die Landkreise, kreisfreien Städte und Kommunen sind im Rahmen ihrer Selbstverwaltungsautonomie für die jeweilige Ausrichtung selbst verantwortlich. Angebote stehen hierbei immer wieder vor der Herausforderung erschwerter Zugangswege, Mobilitätseinschränkungen und der Tabuisierung des gesamten Themenbereiches „Sucht".

Die tatsächliche Umsetzung von Angeboten für Kinder aus suchtbelasteten Familien stößt in Thüringen konkret auf folgende Problemlagen:

- **Fehlende verbindliche Finanzierungsgrundlagen**
- **Fehlende Anerkennung der Kinder als eigenständige Zielgruppe im Hilfesystem**

Dennoch gibt es in fünf Thüringer Landkreisen Angebote, die sich direkt und präventiv an die Kinder wenden, in deren Familien ein oder beide Elternteile von einer Suchterkrankung betroffen sind.
Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag, um die Chancen der Kinder für ein gesundes Aufwachsen zu verbessern und die Öffentlichkeit stärker für das Thema zu sensibilisieren.

Die bestehenden Angebote unterscheiden sich konzeptionell voneinander. Es werden intensive Betreuungsangebote mit wöchentlichen Terminen in Form von Gruppenarbeit, aber auch modular aufgebaute Konzepte umgesetzt.

Der Freistaat Thüringen stellt drei landesweite Angebote zur Verfügung, um Kinder aus suchtbelasteten Familien verstärkt in den Blick zu nehmen.

1. **Runder Tisch „Kinder aus suchtbelasteten Familien"** von der Thüringer Fachstelle Suchtprävention des Fachverbandes Drogen- und Suchthilfe e.V. (fdr+). Dieser fungiert als Interessenvertretung und widmet sich der Sensibilisierung und Information der Thüringer Bevölkerung über die Problemlagen von Kindern aus suchtbelasteten Familien.

2. **„Kompass",** ein Wegweiser für Hilfen für Kinder von suchtbelasteten und/oder psychisch kranken Eltern. Die Runden Tische „Kinder aus suchtbelasteten Familien" und „Kinder psychisch kranker Eltern" beantworten mittels der Broschüre die Fragen „Wie erkenne ich die Kinder?", „Wie kann ich den Kindern helfen" und „Wo kann ich Rat suchen?" und stellen regionale und landesweite Ansprechpartner/-innen vor.

3. **Kommunaler Beratungsprozess „Jonathan"** des Präventionszentrums der SiT- Suchthilfe in Thüringen GmbH
   Das Präventionszentrum der SiT GmbH berät und begleitet freie sowie öffentliche Träger oder Fachkräfte in Thüringer Kommunen bei der Entwicklung oder Umsetzung konkreter Angebote zugunsten von Kindern und Jugendlichen aus suchtbelasteten Familien. Erfahrungen des seit 2006 bestehenden Gruppengebotes „Jonathan" werden dabei zur Verfügung gestellt.

Alle drei Angebote können von Thüringer Kommunen kostenfrei genutzt werden!

Im Bereich **„Schulungen"** werden in Thüringen zwei zusätzliche Angebote vorgehalten.
Zum einen stellt das Präventionszentrum der SiT - Suchthilfe in Thüringen GmbH in einer eintägigen Schulung zur Arbeitshilfe **"Bordbuch"** 15 ausgewählte Methoden zur Umsetzung von praktischen Angeboten für Kinder und Jugendliche von suchtkranken Müttern und Vätern vor.
Zum anderen sensibilisiert das zweitägige **Schulungsangebot „Kind s/Sucht Familie"** die teilnehmenden Personen zum alltäglichen Umgang mit Kindern aus suchtbelasteten Familien.

Maßnahmen

A. Stärkere Kooperationen zwischen Suchthilfe, Psychiatrie, Jugendhilfe und Gesundheitswesen

Die Suchthilfe, die Psychiatrie, die Jugendhilfe sowie das Gesundheitswesen haben unterschiedliche Zugänge zu Kindern suchtkranker Eltern und somit unterschiedliche Möglichkeiten, ihrer Verantwortung zur Sicherung des Kindeswohls nachzukommen. Ein familienorientierter Ansatz kann nur gemeinsam bewältigt werden. Deshalb sind Kooperationen zwischen diesen Institutionen unabdingbar und müssen aktiv von den kommunalen Verantwortungsträgern unterstützt werden.

B. Sensibilisierung und gezielte Aufklärung der Thüringer Bürgerinnen und Bürger

Eine Enttabuisierung des Krankheitsbildes „Sucht" muss sowohl auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene aktiv und parteiübergreifend angestrebt werden. Dafür ist ein dauerhaftes Interesse an den Kindern aus suchtbelasteten Familien sowie das Mitdenken von „Suchterkrankung" bei Schnittstellenthemen wie Armut und Gewalt durch die Politik auf allen Ebenen notwendig. Thüringer Bürgerinnen und Bürger müssen durch gezielte Aufklärung erkennen und verstehen, dass es sich um eine Krankheit handelt und diese Auswirkungen auf das gesamte Familiensystem hat. Auch suchtkranke Eltern wollen gute Eltern sein. Eine sensibilisierte Öffentlichkeit erleichtert der Familie das Krankheitsbild anzunehmen und trägt zur Entstigmatisierung bei.

C. Flächendeckender Aufbau von regelfinanzierten, niedrigschwelligen Angeboten für Kinder aus suchtbelasteten Familien

Die Finanzierung der Projekte und Angebote muss gesichert sein. Sie darf nicht, wie bisher, von Spendengeldern abhängig sein, sondern muss auf einer verlässlichen und verbindlichen Grundlage beruhen.

Es existieren derzeit folgende **Finanzierungsmöglichkeiten** für präventive Gruppenangebote zugunsten von Kindern und Jugendlichen aus suchtbelasteten Familien:

- **Finanzierung über Suchthilfe**
  Stärkere Priorisierung der Suchtprävention bei den Verhandlungen zur kommunalen Leistungsvereinbarung im Rahmen des Mehrbelastungsausgleichs anstreben.

- **Finanzierung über Jugendhilfe**
  - im Bereich der freiwilligen Leistungen (Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit)
  - im Bereich der „Hilfe zur Erziehung".

- **Kooperationsmodelle** mit Suchtberatungsstellen und Erziehungsberatungsstellen, bei gemeinsamer Finanzierung aus Jugendhilfe oder anteiliger Finanzierung aus Jugendhilfe bzw. Gesundheitswesen, gestalten.

- **Finanzierung über Krankenkassen,** Leitfaden Prävention, Kap. 4 Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten nach § 20 a SGB V **beantragen**.

D. Schulungen zum Thema Kinder aus suchtbelasteten Familien für Fachkräfte und Schnittstellenakteure sowie Verankerung des Themas in der Ausbildung und dem Studium von Lehrer/-innen, Sozialarbeiter/-innen, Erzieher/-innen und weiteren Fachkräften

Themenbezogene Schulungen für die Fachkräfte und Schnittstellenakteure aus den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen tragen dazu bei, die elterlichen Sorgen vor Stigmatisierung oder Bevormundung abzubauen.
Sinnvoll ist eine grundsätzliche Verankerung des Themas in der Ausbildung und dem Studium der Lehrer/-innen, Sozialarbeiter/-innen, Erzieher/-innen und weiterer Fachkräfte. So wäre sichergestellt, dass jede Fachkraft im Umgang mit Kindern ein Grundverständnis für die Problemlagen der Familien hat und das bestehende Hilfesystem nutzt.

Fazit

Eine nachhaltige Hilfe für Kinder aus suchtbelasteten Familien kann nur erreicht werden, wenn die Hilfesysteme in flächendeckenden Angeboten zusammenarbeiten.
Das Land Thüringen, die Kommunen und Kostenträger tragen gemeinsam dafür Sorge, zielgerichtete Angebote und Maßnahmen zu installieren!

Heike Werner
Thüringer Ministerin für Arbeit,
Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie